

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 32.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgl. gleichberechtigt zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 6. August 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Wohl keiner der bisher stattgefundenen Kongresse der christlichen Gewerkschaften hat in der Tagespresse bürgerlichen Parteien eine solche Beachtung gefunden, wie dieser. Diese an sich erfreuliche Tatsache beweist allein die öffentliche und Wirtschaftsleben erlangt hat. Gleichzeitige die allseitige Beachtung ein Zeichen der Anerkennung für die in jeder Weise auf der Höhe gestandenen Kongress. Es ist besonders anerkannt werden, daß es die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ war, die am besten und ausführlichsten über den Kongress berichtet hat.

In dem Maße, wie die bürgerliche Presse die Bedeutung unserer Bewegung erkennt, erhöht sich bei der sozial. Presse die Abneigung. Das ist mir zu gut erklärlich. Aber man solle sich auf dieser Seite denn doch hüten, das Lügen über den Kongress so stark zu betreiben. Wenn z. B. die „Kölnische Zeitung“ schrieb, daß man vor lauter geistlichen und weltlichen Würdenträgern christliche Arbeiter in der großen Festversammlung kaum hätte erblicken können, hat sie damit bewiesen, daß sie im Lügen Meister ist. Freilich, das geben wir gerne zu, war es nicht das Publikum, welches die sozial. Versammlungen füllt. Die christlichen Gewerkschaftler halten eben auf Selbstschutz und bemühen sich, auch in ihrer äußeren Erscheinung sich in Gegensatz zu stellen zu denen, die am lautesten schreien, daß sie Sozialdemokraten sind. Wenn der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ anständig gekleidete und anständig sich benehmende Arbeiter nicht hätte gesehen, wäre das kein gutes Zeugnis für die „Kölnische Zeitung“ gewesen. Als am Schluß des Kongresses der Vorsitzende Kollege Schiffer auf die unfaire Berichterstattung der sozial. Presse hinwies, fiel der Zwischenruf: „Sie kann nichts anders!“ Das stimmt zweifellos. Kaustky hat ja als historische Tatsache festgestellt, daß die Jugend der Wahrheit dem Gegner gegenüber nicht geübt werde. Da Kaustky in der Welt des Sozialismus lebt, muß er's ja wissen. — Besämt heute der bekannte am Preßbühne sitzende Dr. Erdmann sein Haupt, als gesagt wurde, daß der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit diesmal nur der sozial. Presse zu machen sei. — Ob man in jenem Lager nicht der Besserung fähig ist? Ganz verweisen sollte man sich nicht auf die in voriger Nummer wiedergegebenen Äußerung des „Vorwärts“ eigentlich nicht. Und doch hatte auch dieser vorher in einer Weise über den Kongress berichtet, die glauben machen konnte, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Verhöhnung alles Stümperhaften sei.

Wie nicht anders zu erwarten, hat auch die sozialdem. Presse und in ihrem Gefolge die Hirsch-Duncker'sche Presse, nicht den Mut gefunden, zu erklären, daß es mit der Stempelung der christlichen Gewerkschaften zu „Zentrums-Gewerkschaften“ eitel Humbug sei. Ueber die Worte des Freiherrn von Berlepsch geht man hinweg, als ob sie nichts bedeuteten. Dieser sagte bekanntlich in der großen Versammlung: „Man macht Ihrer Bewegung so oft den Vorwurf, sie stände im Zentrumsdienste. Lassen Sie mich als Protestant und Nicht-Zentrumler das Eine sagen: Ich habe in den Jahren, wo ich für ihre Bewegung tätig sein durfte, niemals verspürt, daß sie nach irgend einer Richtung hin für das Zentrum ins Werk gelegt. Ich habe immer die Bewegung gewinnen müssen, daß sie lediglich Arbeiterinteressen vertreten und vertreten will.“

Ich bin wiederholt mit führenden Männern aus der Zentrumspartei zusammen gekommen, und habe nie bei diesen beobachtet, daß sie die christlichen Gewerkschaften zu politischen Zwecken brauchen wollten.“

Wir sind gespannt darauf, in welchem gegnerischen Gewerkschafts- oder Arbeiterblatte diese Ausführungen objektiv wiedergegeben werden. Jedenfalls dürften in allen einsichtigen Kreisen diese Worte des auf hoher Warte stehenden Freiherrn von Berlepsch einen größeren Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, als das Sequate kleiner Geister, die aus ihrem Sumpfe heraus die Welt beobachten.

Freiherr von Berlepsch legte sich auch sehr ins Zeug für die Verständigung mit den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Eifrigt sekundierte ihm dabei Pfarrer Weber-Glabbach. Die verlesene Begrüßungsrede der letzteren, mit dem Ausschuss des Gesamtverbandes des evangelischen Arbeitervereins vereinbart war, enthielt u. a. auch den Passus:

„In dem leider noch immer vorhandenen Gegensatz zwischen uns und andern auf nationaler Grundlage stehenden Gewerkschaften sind wir neutral. Unser Wunsch und unser Streben ist, daß bald alle auf nationaler Grundlage stehenden, unabhängigen Gewerkschaften eine geschlossene Front bilden und unter der Losung „Christlich-national“ in dem deutschen Arbeiterkongress tätig sein möchten.“

Der Wunsch ist gewiß ehrlich gemeint. Ob er durchführbar, daß steht auf einem andern Blatt. Nicht die christlichen Gewerkschaften haben die H.-D. vom deutschen Arbeiterkongress ausgeschlossen, sondern jene haben sich selbst ausgeschaltet und den Kongress bekritelt und verspöttelt. Man kann es den christlichen Gewerkschaften nicht verargen, wenn sie aus diesem Grunde den angepriesenen Bundesgenossen ob seiner Qualität unter die Lupe nehmen. Herr Pfarrer Weber erklärte zwar, die führenden Männer der H.-D., Goldschmidt und Hartmann seien ihm als ehrenwerte Männer bekannt. Wir bezweifeln das nicht. Darauf kommt es aber auch nicht an. Der „Gewerkverein“, das Hauptorgan der H.-D. gibt selbst die Antwort, indem er in seiner Nr. 60 vom 28. Juli d. J. schreibt:

„Was wir wollen, ist klar: Weber das spezifisch Hirsch-Duncker'sche, noch das spezifisch Christliche, sondern allein das nationale Element hat die Gemeinsamkeit des Bodens zu bilden, auf dem ein Zusammenwirken zur praktischen Förderung der Arbeiterinteressen vor sich gehen muß.“

Das bedeutet nichts anderes als eine glatte Abgabe an Pfarrer Weber, der nur die Parole „Christlich-national“ gelten lassen will und nur auf dieser Grundlage die Möglichkeit des Zusammenarbeitens für gegeben erachtet. Man sollte sich auch durchaus nicht verhehlen, daß die Entstehung der christlichen Gewerkschaften nicht zuletzt auf die Christentumsgegnerchaft der sozial. und liberalen Organisationen zurückzuführen ist und das andererseits der „liberale Gedanke“ den H.-D. Gewerkschaften im Blute liegt. Trotz aller Neutralitätsversicherungen der H.-D. muß man fast allwöchentlich sehen, wie der „Gewerkverein“ den „Commis voyageur“ liberaler Wirtschaft- und Kulturpolitik spielt. Obgleich die Mehrzahl der christlichen Gewerkschaftler Anhänger mehr konservativ gerichteter Parteien sind, erlebt man es auf ihrer Seite jedoch nie, daß ihre Organe in ähnlicher Weise als es bei den H.-D. geschieht, eine allgemein konservativ gerichtete Politik der oben erwähnten Art unterstützen. Freiherr von Berlepsch hat in der Kürzener-Versammlung den Charakter einer Gewerkschaft geschildert und jeder, der ihm zugehört, muß sagen, daß die Idealform in den christlichen Gewerkschaften besteht. Warum also sollten wir von unserer Verfassung abgehen und uns den H.-D. zu nähern? Kein Grund liegt dazu vor! Die Einigung der beiden Richtungen wird abhängen von der Entwicklung der H.-D. Gewerkschaften. Beharren diese auf ihrem bisherigen Standpunkte, so ist ein Sichnähertraten der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften für alle Zeit wohl kaum zu denken. Wir sind der festen Überzeugung, daß den evangelischen Arbeitervereinen, die eine Vereinigung der beiden Gewerkschaftsrichtungen befürworten, mit der „nationalen“ Grundlage allein nicht gedient ist. Wie sie selbst das Wort „evangelisch“ tragen, so verstehen sie es sehr gut, wie ihr Bundesgenosse, der den gewerkschaftlichen Kampf durchzuführen hat, nicht auf die Betonung seiner bewährten Grundlage verzichten will. Zwar macht nicht der Name, sondern die Tat. Aber sich offen als das zu bezeichnen, was man ist, ist keineswegs, namentlich in unserer Zeit, ein Zeichen von Schwäche.

Allgemein wird anerkannt, daß der Kongress in sozialpolitischer Beziehung gute Arbeit geleistet hat. Stand doch die Behandlung der Arbeiterschutz- und Versicherungsangelegenheit im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die Beratung des Entwurfes einer Reichsversicherungsordnung war schon allein eine gute Leistung. Jedenfalls wird kein ernsthafter Kritiker dem Kongress den Vorwurf machen können, daß er diebzgl. unerfüllbare Forderungen erhoben hätte. Der Kongress hat so in merkwürdiger Weise ab von den Beratungen des vor längerer Zeit stattgefundenen Krankenkassen-Kongresses. Der Unterschied zwischen dem Grundtone der beiden Kongresse war: Hier verbessernde Vorschläge, die unter den gegebenen Verhältnissen realisierbar sind — dort, Vorschläge, die zwar nicht unberechtigt, aber doch dem klar und nüchtern Denkenden, vorerst als Utopien erscheinen, und keinen Anspruch auf eine baldige Durchführung erheben können. Nicht umsonst war das Reichsamt des Innern auf dem Kongress vertreten. Offenlich (man kann wohl sagen: Sehr wahrscheinlich) fanden viele der gegebenen Anregungen, bei der im kommenden Winter zu erhoffenden Gesetzesvorlage, Berücksichtigung. Die Scharmacher scheinen bereits daran zu glauben. Sie bemühen sich wenigstens stark um die Vereitelung der Reformen. So schreibt die „deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nr. 31 vom 1. August 1909, nachdem sie ihre Freundin, das scharfmacherische Blatt, „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zitiert, über die Forderungen des Kongresses bzgl. der Reform des Versicherungsweßens:

„Wohin soll schließlich dieses endlose Geschwätz über die soziale Frage führen, dieses Gerede von Leuten, die von der Sache selbst nicht die geringste Ahnung haben? Niemand würde es wagen, auch nur einen Stiefel herzustellen, ohne bei einem Schuhmacher in die Lehre gegangen zu sein. Aber zur Beurteilung und Entscheidung der schwierigsten sozialpolitischen Fragen glauben sich heutigen Tages Sins und Runz berufen.“

Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Regierung keine Ursache hätte, auf den Kongress zu hören. Fehlt nur noch der Hinweis, ähnlich der der sozial. Presse, daß „eigentliche Arbeiter, auf dem Kongress kaum zugegen gewesen seien, sondern hauptsächlich „Sekretäre und sonstige Angestellte“ der Verbände. Die Melodie ist ja bekannt.

Der Kongress hatte sich nicht in der Weise wie seine Vorgänger mit Fragen grundsätzlicher Art zu befassen. Das hatte zur Folge, daß die Verhandlungen in der Hauptsache sehr nüchtern waren. Manche Teilnehmer hätten gewiß gern mehr Begeisterung gefunden. Bonnöten war das indes nicht, da eine derartige Veranstaltung nicht nach dem direkt erzielten Effekt, sondern nach den für dauernd erreichten positiven Zielen bewertet werden muß. Und das läßt sich wohl heute schon sagen, daß die Erfolge des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften schwerer wiegen, wie die seiner Vorgänger.

Die Diskussion über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, war eine sehr rege und erhielt dadurch, daß auch zwei Gäste zu Worte kamen, ein besonderes Gepräge. Zunächst spricht Gilling-Bochum (Metallarbeiter) der bemerkt, daß in der Reichsversicherungsordnung die Zentralisation der Krankenkassen nicht genügend durchgeführt sei. Er wendet sich gegen die Betriebskrankenkassen da es durch diese Kassen vielen über vierzig Jahre alten Arbeitern unmöglich sei, in der Großindustrie noch Beschäftigung zu erhalten. Es müsse daher auf mögliche Zentralisation der Krankenkassen hingearbeitet werden. Rump-Essen (Bergarbeiter) erklärt, daß auf dem Gebiete des Knappschaftswesens noch viele Reformen erforderlich seien, bis die Wünsche der Bergarbeiter befriedigt seien. J. L. Behm Berlin (Seimarbeiterinnen) wendet sich gegen verschiedene Mängel der Landkrankenversicherung und bezeichnet die Einbeziehung der Hausarbeiter in die Invalidenversicherung als eine absolute Notwendigkeit. Königbauer (Münchener Holzarbeiter) vertritt die Ansicht, daß die Versicherungsämter erst dann ihre Aufgabe erfüllen können, wenn ihnen größere Rechte eingeräumt werden. Der Versicherungsamter müsse die Rentenfestsetzung übertragen werden. Redner wendet sich mit Entschiedenheit gegen die vorgesehenen Landkrankenversicherung, weil dieselben bedeutende Verschlechterungen gegenüber dem jetzigen Zustand bringen. Ferner spricht er gegen die Gleichmachung der Beiträge zu den Krankenkassen, weil dadurch die Arbeiter ihrer bisherigen Rechte beraubt würden. Weiterhin wünscht Redner Ausbeziehung der Versicherungsämter auf die Hausgewerbetreibenden. Streiter-Berlin rügt verschiedene Mängel, denen das Krankenpflegepersonal ausgesetzt sei, und bedauert, daß das Krankenpflegepersonal, das so vielen Ansteckungsgefahren ausgesetzt ist, noch immer nicht der Unfallversicherung unterstellt ist. Ködlich-Rees wendet sich gleichfalls gegen die beabsichtigte Form der Landkrankenversicherung. Besonders den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern würden die Landkrankenversicherung in dieser Form wenig Segen bringen, und sie sind deshalb unannehmbar. Weiter wünscht Redner, einem Antrage zuzustimmen, wonach die von dem Referenten aufgestellten Leitätze dahin ergänzt werden, daß Heimarbeiter gleichfalls in die Invalidenversicherung einzubeziehen sind. Weber-Nachen (Textilarb.) rügt das Verhalten der Vertrauensärzte und der Vorsitzenden der Schiedsgerichte, wodurch den Arbeitern das Vertrauen an die Schiedsgerichte geraubt wurde. Andre-Stuttgart (Holzarbeiter) gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn man die neue Reichsversicherung unter die Lupe nehme, sich einem jeden die Ansicht aufdrängen müsse, daß sie in vieler Hinsicht einen Rückschritt bedeute. Er ist der Ansicht, daß es besser wäre, wenn der Versicherungsanstalten und Berufsvereinigungen der instanzlose Charakter genommen würde. Weiterhin wünscht Redner, daß schon bei der Unfalluntersuchung ein Arzt zugezogen werde. Es wäre zu wünschen, daß für die Oberversicherungsämter ein unabhängiges Kerkollégium geschaffen werde, das Obergutachten auf Wunsch der Versicherungsämter abgeben hat und abgeben muß. Das Rekursrecht soll aufrecht erhalten werden, für alle diejenigen Fälle, wo es sich um die erste Rentenfestsetzung handelt. Jedenfalls müsse eine andere ärztliche Begutachtung bei der Rechtsprechung gefordert werden.

Volksbureauvorsteher Diek (M.-Glabbach) bezeichnet die Schaffung eines örtlichen Organs, welches sich ausschließlich mit der Reichsversicherungsordnung befaßt, als unumgänglich. Redner ist der Ansicht, daß der Gedanke, Assessoren an die Spitze der Versicherungsämter zu setzen, ein wenig glücklicher ist. Man soll hier, wie bei den Gewergerichten, die Arbeit in die Hände der Beteiligten legen, und an die Spitze einen unabhängigen Ehrenvorsitzenden stellen. Weiterhin wendet sich der Redner der Krankenversicherung zu und vertritt den Standpunkt, daß die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung den Beteiligten unter allen Umständen erhalten bleiben muß. Ferner pleidiert er für eine Witwenbeihilfe an alle gestorbenen Versicherten und spricht für vollständige Auszahlung des Krankengeldes an die Familie bei Ueberführung des Ernährers ins Hospital.

Geh. Rat Düttmann (Oldenburg) führt aus, daß die Auszahlung von Rentenversicherungen sich von 1893 bis 1907 vervierfacht habe. 1893, sagt er, wurden ausgezahlt 154 Millionen Mark, 1907 aber 633 Millionen Mk., ein Beweis, daß die soziale Fürsorge des Staates für die Arbeiterklasse bis jetzt nicht geruht habe. Er bittet die christlichen Gewerkschaften, die ihnen nahestehenden Abgeordneten bei Beratung des großen Werkes im Parlament nicht auf bestimmte Grundzüge festzulegen, sondern ihnen im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes freie Hand zu lassen. Sodann geht er auf die einzelnen Bestimmungen ein und stellt sich im großen und ganzen auf den Boden des Vortrags, wie sie von der Regierung ausgearbeitet worden ist.

Die Ausführungen des letztgenannten Gastes, werden namentlich, soweit sie die Zweitteilung der Beiträge betreffen, ziemlich wohl aufgenommen und sind die nachfolgenden Diskussionsredner allgemein der Ansicht, daß eine Aenderung in der Art der Beitragsleistung nicht am Platze ist.

Die vom Referenten aufgestellten Leitsätze, sowie die sonst zu dieser Sache noch eingelaufenen Anträge, werden einer Kommission zur Behandlung überwiesen und nach deren Vorschlägen kurz vor Schluß des Kongresses, von diesem angenommen. Der Vorsitzende betont jedoch bei der Abstimmung, daß sich die Arbeiter-Abgeordneten im Reichstage durch die Annahme der Leitsätze und Anträge keineswegs binden könnten, denn wenn einmal der Entwurf der Reichsversicherungsordnung dem Reichstag vorliegt, werde über den einen oder andern Punkt vielleicht ganz anders zu urteilen sein wie heute.

Der letzte Gegenstand der Verhandlungen war das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Der erste Berichterstatter Kollege Behrens, gab ein Bild über die Entstehung, Zusammenfassung und bisherige Tätigkeit des Deutschen Arbeiterkongresses und besprach dann die Beziehungen der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Die Zielheit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sei zwar eine Schwäche, aber auch ihre Stärke. Eine Schwäche, weil sie nicht nach Schema F geleitet werden kann. Eine „Diktatur der Demagogie“ wie in der Sozialdemokratie sei in der christlich-nationalen Bewegung unmöglich, sondern vertrauensvolles Miteinanderarbeiten sei notwendig. Eine Stärke der Bewegung sei die Ziellosigkeit, weil sie ihren Gliedern die volle Anteilnahme an dem geistigen, kulturellen und politischen Leben des Gesamtvolkes sichere und der Einfluß der Arbeiter sich allenthalben leichter durchsetze. Freitags seien in den sechs Jahren seit dem ersten Kongress nicht alle Blüthenkränze gerettet, aber das habe die Sozialdemokratie auch in sechs mal sechs Jahren zu verzeichnen.

Als Korreferent spricht Kollege Giesberts. Er erörtert die Frage, welches Interesse die christlichen Gewerkschaften an der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung wie sie in den Kongressen von Berlin und Frankfurt zum Ausdruck gebracht sei, haben. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei der Hintergrund für die christlichen Gewerkschaften. Diese seien die fortgeschrittenste und -dabei rüstig vorwärts strebende Gruppe, die das größte Interesse daran habe, die noch zerstreuten Organisationen mit fortschrittlichem Geiste zu erfüllen. Der christlich-nationale Arbeiterkongress habe in der öffentlichen Meinung die Vision zerstört, als gäbe es nur eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung, der Einfluß der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf Parlamente, und Regierungen sei unersetzbar. Mit Recht habe man sich in Frankfurt dagegen gewehrt, aus der Bewegung eine rein antisozialdemokratische protestantische Bewegung zu machen. Allein schon die Existenz der christlichen Gewerkschaften sei der stärkste Protest gegen die Sozialdemokratie. Ohne die Erhaltung der religiösen Lebensideale seien auch die christlichen Gewerkschaften nicht möglich. Schwächen der christlichen Gewerkschaften, welche dazu beitragen, diese Ideale zu erhalten (professionelle Arbeitervereine) so fange der Boden, auf dem die christliche Organisationsbewegung ruhe. Beigang der Fachabteilungen erklärt Behrens, daß man noch nie vor nun einer besonderen Auseinandersetzung mit der Berliner Richtung einen Erfolg nicht erwarren dürfe. Die Fachabteilungen hätten sich ein abstraktes Ziel gesetzt und Schenklappen darum gelegt, und so arbeiteten sie weiter, ohne auf Kernfragen zu hören.

Von einer Auseinandersetzung könne man sich erst dann einen Erfolg versprechen, wenn auch die Fachabteilungen bereit seien, auf tatsächliche Gründe einzugehen. Auf dem Kongress in Jülich seien zwar harte Worte gefallen, sie bedeuteten aber im letzten Grunde nichts weiter, als daß die katholischen Arbeiter für sich die gleiche Freiheit und die gleichen Rechte beanspruchen wie alle anderen Berufsgruppen. Die Fachabteilungen hätten die Ausbreitung der christlichen Arbeiterbewegung überhaupt, für den Fortschritt der Sozialdemokratie und tragen dazu bei, daß im tariflichen Arbeitsverhältnis die christliche Richtung nicht genügend beachtet werde. Es sei ja auch durch die letzten Vorformalitäten klargestellt, daß hinter der Fachabteilungsbewegung ein politischer Hintergrund stehe, dessen sich vielleicht die katholischen Arbeiter selbst nicht recht bewußt seien. Aber voransicht noch hätten die katholischen Arbeiter in den nächsten Jahren einen schweren Kampf nicht nur um ihre gewerkschaftlichen Grundrechte, sondern auch um ihre politischen und religiösen zu kämpfen. Man dürfe aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß bei den katholischen Arbeitern im Fachabteilungsstadium früher oder später die Erkenntnis heranreife, daß sie zu den christlichen Gewerkschaften gehören; die Verhältnisse werden hier fürchterlich und zwingender sein als alle schönen Theorien.

In der Diskussion zeigte sich eine allgemeine Uebereinstimmung der Redner mit den Ausführungen beider Referenten. Zum Schluß gab der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter, Kollege Schiffer ein Referat über die auf dem Kongress geleistete Arbeit. „Wir können“, sagte er, „mit dem Gesagten befehlen, daß der christliche Gewerkschaftskongress einen Meilenstein in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften bilden wird.“

Das Stuttgarter Arbeitsamt.

In große Verlegenheit sind die württembergischen sozial. Arbeiterführer durch das Auftreten der Rüstler in dem Stuttgarter städtischen Arbeitsnachweis gekommen. Daß die christlichen Gewerkschaften den Schleier gelüftet und die sozialdemokratische Richtung an den Tag gelegt haben, ist eine Tat, für die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Stuttgart den christlichen Gewerkschaften dankbar sein kann. Die „Holzarbeiterzeitung“ hat bekanntlich auch zu der Angelegenheit Stellung genommen, wobei es ihr auf eine Länge mehr oder weniger nicht ankommt. Folgendes kann unsere Kollegen davon überzeugen:

Die christlichen Gewerkschaftsführer in Stuttgart haben sich bereits, eine nichtige Sache gegen das Arbeitsamt in einem so hohen, und das Organ der sogenannten „Demokratie“, der Stuttgarter „Beobachter“, der zugleich Publikationsorgan der „Christlich-Deutschen Gewerksvereine“, nicht ohne Spott und mit dem größten Bewußtsein dem christlichen Sekretär Krug zur Verfügung, der dort seinen Harat abläßt. Der Führer der Kampagne gegen das Arbeitsamt ist jedoch der christliche Arbeitersekretär Andre, der zugleich als Generalsekretär der Zentralverbände des württembergischen Landtags fungiert.

Die „Schwäb. Tagwacht“, das Stuttgarter Gewerkschaftsorgan, behauptet aber das Gegenteil, nämlich man könne...

daß eine heillose Verlegenheit und Konfusion auf der sozialistischen Seite die Folge des berechtigten Vorgehens der christlichen Arbeiterbewegung in dem Streikfalle mit dem Arbeitsnachweis sein muß. Sie schreibt:

„Der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Andre hielt im Landtag mehrere fulminante Reden voll der schwersten Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die Beamten des Arbeitsamtes; der „christliche“ Gewerkschaftssekretär Krug-Stuttgart suchte den Herrn Andre, seinen Freund und Gesinnungsgenossen, womöglich noch zu überbieten.“

Die „Holzarbeiterzeitung“ lügt auch wieder einmal, wenn sie behauptet, daß die Artikel im „Beobachter“ vom Gewerkschaftssekretär Krug herkommen. Wer die Führer in der Kampagne gegen das Arbeitsamt sind, darüber mögen sich die sozialdemokratischen Journalisten ihr vor Verlegenheit „rotet“ Haupt weiter zerbrechen, zu einem einheitlichen Resultat werden sie schwerlich gelangen, weil es in dem Kampfe gar keine eigentlichen Führer gibt. Es handelt sich vielmehr um eine weite allgemeine Mißstimmung mit dem Geschäftsgebaren am Arbeitsamt, das auch durchaus berechtigt ist. Mit der Forderung, an dieser Geschäftsgebarung festzuhalten, bringen die Sozialdemokraten nur neues Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher und städtischen Arbeitsnachweisfeinde.

Die Angelegenheit ist inzwischen zu ungunsten der „Genossen“ entschieden. Die Tagespresse meldet diesbezüglich:

„In der heutigen Sitzung des Gemeinderates wurde die Frage der ferneren Ausgestaltung von Reiseunterstützungen durch das städtische Arbeitsamt behandelt. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag der inneren Abteilung in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokratie angenommen, wonach diese Auszahlung in Wegfall kommen soll.“ „Neues Tagblatt“ (Stuttgart, 29. 7. 09).

Mit der Annahme dieses Antrages durch den Stuttgarter Gemeinderat ist der Kampf zu Ende geführt worden und hat er der christlichen Gewerkschaftsbewegung Stuttgart einen guten Erfolg gebracht.

Wenn die christlichen Gewerkschaften der schwäbischen Königsstadt gezwungen waren, den Kampf gegen ein kommunales Institut zu führen, so sollte damit nicht, wie es jetzt die Sozialdemokraten hinstellen wollen, ein grundsätzlicher Kampf gegen die städtischen Arbeitsnachweise überhaupt geführt werden. Unsere Kollegen wissen die Einrichtung guter und brauchbarer städtischer Arbeitsnachweise wohl zu schätzen und fördern sie mit aller zur Verfügung stehenden Kraft. Wogegen sie sich wehren mußten, war die einseitige Bevorzugung der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sie nicht für gerechtfertigt hielten.

Ein städtischer Arbeitsnachweis muß nach allen Seiten hin vollständig neutral dastehen. Das war bei dem Stuttgarter Arbeitsamt nicht der Fall. Seit längerer Zeit kamen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu den Vorständen und fragten darüber, daß sie beim Antragen um Arbeit nach ihrer Organisationszugehörigkeit gefragt wurden. Sie hatten die Empfindung, daß eine solche Frage nicht zu den Aufgaben eines Arbeitsnachweisbeamten gehöre, sie glaubten auch, daß sie dadurch, daß sie dem Beamten mitteilen, daß sie christlich organisiert sind, vor arbeitssuchenden Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückgesetzt wurden.

Mit den Aufgaben eines unparteiischen städtischen Arbeitsnachweises unvereinbar war die Ausbezahlung der Reiseunterstützungen an zureichende Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch diesen Gewerkschaften heute noch teilweise angehörende Arbeitsnachweisbeamte, sowie die Kontrolle von arbeitslosen freiorганиzierten Gewerkschaftsmitgliedern durch diese Beamte.

Als von unserer Seite in der Öffentlichkeit eine Abänderung der Mißstände und Auswüchse gefordert wurde, weil ein immer größer werdendes Mißtrauen in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen sich festsetzte, gingen sowohl sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete wie Gemeindevorsteher in der schärfsten und gehässigsten Form neben ihrem Leitblatt, der „Schwäb. Tagwacht“, gegen die angreifenden christlichen Gewerkschaften zu einer Verteidigung der gezeigten Zustände am städtischen Arbeitsamt über. Damit wurde das Mißtrauen in der christlich-nationalen Arbeiterschaft nur noch mehr gefördert, weil die Sozialdemokraten sonst nicht so schnell mit der Verteidigung von Beamten bei der Hand sind. In dieser Verteidigung brachte sogar die „Schwäb. Tagwacht“, das Parteiorgan der württembergischen Sozialdemokratie, patriotisches Zahlenmaterial, daß ihr nur vom Arbeitsamt überwiesen worden sein kann.

In letzter Zeit, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich immer mehr davon überzeugen mußten, daß all ihr Geschrei in dem vorliegenden Falle vor einer Niederlage nicht wird bewahren können, drohten sie, sie würden eigene Arbeitsnachweise gründen, wenn der Gemeinderat dem Wunsche der christlichen Gewerkschaften nachgeben würde, die Kontrolle und die Reiseunterstützungsausbezahlung an freie Gewerkschaftler durch das städtische Arbeitsamt einzustellen. Diese Drohung kann sowohl den Stuttgarter Gemeinderat, wie auch die christlichen Gewerkschaften vollkommen ruhig lassen. Es warten genügend christliche Arbeiter darauf, auch einmal in Arbeit treten zu können, ohne in die Abhängigkeit von den Genossen zu kommen.

Wenn die „Genossen“ jetzt ein großes Mühschrei in ihrer Parze erheben, um sich über die Niederlage hinwegzuschreiben, wenn sie dabei dazu übergehen, die christlichen Arbeiterführer zu verdächtigen, sie hätten bewußt oder unbewußt den Scharfmachern Handlangerdienste geleistet, so mögen sie sich das Gesehene gefallen lassen. Nicht die christlichen Arbeiterführer haben den Scharfmachern durch den Kampf gegen die Mißstände am dem Stuttgarter städtischen Arbeitsnachweis Handlangerdienste geleistet, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die am Stuttgarter städtischen Arbeitsamt ein Monopol für arbeitssuchende sozialdemokratische Gewerkschaftler erhalten wollten zum Schaden der christlichen Gewerkschaftler. Das letzte sah von den

„schlaunen roten Laktern“ nicht willenlos das Schmerzstillende Halsband umlegen lassen, sollten doch nun mal endlich auch bald die sozialistischen „Größen“ einsehen und danach handeln. Dann werden sie in Zukunft vor weiteren Niederlagen, wie sie jetzt in Stuttgart erleben mußten, bewahrt bleiben.

Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. August fällig ist.

Die Zahlstelle Helmstedt erhält die Genehmigung, vom 1. August d. J. ab 10 Pfg. Lokalbeitrag zu erheben; der wöchentliche Beitrag beträgt daher vom genannten Zeitpunkt ab 60 Pfg. pro Woche.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 51320 auf den Namen W. Wolter lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Vorschriften im Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

Der Zuzug ist fernzuhalten von

Schreibern und Maschinenarbeitern: Magdeburg, Reife Dülmen, Gersford (Kruß & Knigge, Gersford Röhrenindustrie) Bad Deynhausen (Droste und Dünsmeier), Trier (W. Joh. Martin), Billingen, Heidelberg, Karlsruhe, Bochum, Meran (Tirol).
Stellmachern: Hamburg
Gläsern: Erfurt.
Stahlmachern. Celle.

Tarifabschluß in Steinbach (Württemberg). Zwischen der Firma Fischer, Holzwarenfabrik in Steinbach (Württemberg) und unserm Verband wurde erstmals ein Tarifvertrag auf 2 Jahre abgeschlossen. Derselbe brachte für die Schreiner einen wöchentlichen Mehrerwerb von 1,50 Mk. Infolge des schlechten Geschäftsganges im Drechslerberuf war es leider nicht möglich auch für die Drechsler eine Lohnerhöhung zu erreichen, jedoch ist ein Akkordtarif, der vor zwei Jahren provisorisch mit der Firma vereinbart wurde, als verbindend mit in den Vertrag aufgenommen worden und ist somit etwaigen Verschlechterungen vorgebeugt. An den Kollegen liegt es nun darüber zu wachen, daß die Vereinbarungen auch praktisch durchgeführt werden. Die Lohnbewegung hat gezeigt, daß auch in ländlichen Gegenden für die Kollegen größere Vorteile erreicht werden können, wenn sie fest und treu zum Verband halten. Und wenn auch mancher Kollege sich an dem hohen Wochenbeitrag stößt, durch obige Lohnerhöhung wird er dreifach wieder zurückerstattet. Wenn unsere dortigen Mitglieder dieses den am Orte und in der Umgebung arbeitenden Unorganisierten klar legen, werden auch diese den Weg zur Organisationsfinden. Mögen die Steinbacher Kollegen in diesem Sinne arbeiten.

Ende der Lohnbewegungen in Wörishofen und Günzburg. Nach 12 wöchentlicher Dauer wurde der Streit in ersteren Orte abgebrochen. Zum Kampfe selbst gab ein geringfügige Ursache Anlaß. Die Kollegen verlangten bloß die Befreiung des Kost- und Logiswesens bei den Meistern, worauf letztere sofort den Gesellen kündigten. Trotz wiederholter Verhandlungen war es nicht möglich, eine friedliche Einigung zu erzielen, weshalb nach Ablauf der Kündigungsfrist sämtliche Kollegen in den Ausstand traten. Inzwischen wurde den Meistern auch ein Tarifvertrag unterbreitet, auf den sie jedoch nicht eingingen. Zuletzt sind bis auf 3-4 Kollegen alle abgereist und so hätte selbst ein Tarifabschluß wenig Zweck gehabt, weshalb der Kampf beendet und die Sperrung aufgehoben wurde. Die Meister werden aus dem Kampfe, der ihnen zweifellos viel Schaden verursachte, die Lehre ziehen fünfzig die Organisation etwas ernster zu beurteilen und sich hierbei nicht auf Ratsschläge unverantwortlicher Ratgeber zu verlassen.

In Günzburg mußte der Kampf nach 6 wöchentlicher Dauer aufgegeben werden, da ein Teil der noch übrig gebliebenen Kollegen sich zu arbeitswilligen hergab. Diese Handlungsweise ist unbegreiflich schon deshalb, da die Firma keine Garantie für dauernde Beschäftigung und eben wenig für richtige Entlohnung und Behandlung bieten kann. Es ist die Ueberzeugung aller eingeweihten Kollegen, daß dieser Leichtsinns noch schlecht belohnt wird.

Der Streit in Steinheim i. W. ist nach 5 wöchentlicher Dauer aufgehoben. Die Meister gaben das Versprechen, alle noch im Streit stehenden Kollegen wieder einzustellen und 1 Pfg. Lohnzulage zu gewähren.

Aussperrung in Reife. Bei Beginn der besseren Konjunktur suchten auch hier die Kollegen wieder etwas zu erzielen, da der Durchschnittslohn nur 31-32 Pfg. betrug und meistens nur ältere eingearbeitete Kollegen in Betracht kommen. Vergangenes Jahr sahen die Kollegen mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von einer Kündigung des Tarifabschlusses ab. Doch die Arbeitgeber zeigten auch d. J. nicht das geringste Entgegenkommen. Die den Arbeitgebern übermittelten neuen Forderungen waren im wesentlichen 1. ab 1. Juli 1910 57 wöchentliche Arbeitszeit; 2. für jeden Gesellen nach dem ersten Sechsjähr 30 Pfg. Mindestlohn; 3. Befreiung

Löhne werden ab 1. Juli d. J. um 3 Pfg. ab, am 1. Juli 1910 um weitere 2 Pfg. erhöht; 4. Für Ueberstunden bis abends 9 Uhr 10 Pfg. Zuschlag, für weitere sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit 20 Pfg.; 5. Jeder Geselle erhält über den empfangenen Lohn ein Lohnbuch. — Der Vertrag sollte gelten ab Juli 1909 bis 30. Juni 1912. — Im ersten Antwortschreiben lehnten die Arbeitgeber jedwede Lohn-erhöhung ab, waren aber bereit — man staune — den alten Tarif unter den alten Bedingungen bis 1912 zu verlängern. Falls die Arbeiter darauf nicht eingehen wollten, wurde eine Aussperrung in Aussicht gestellt. — Eine von den Arbeiter-organisationen gewünschte gegenseitige Aussprache wurde ab-gelehnt. Die Arbeitgeber verlangten nun von ihren Arbeitern eine persönliche schriftliche Erklärung, daß sie innerhalb der nächsten drei Jahre keine Lohnerhöhung und auch keine sonstige Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse fordern dürften (!) Alle diejenigen, welche diese Unterschrift nicht gaben, (ca. 85) wurden ausgesperrt. Durch das Stehenbleiben mehrerer Kollegen wird der Erfolg für die Aussperrten nicht in Frage gestellt, sondern nur etwas schwieriger gestaltet. In einigen Betrieben wurde den Kollegen nicht gekündigt und arbeiten diese weiter.

Der Abwehrkampf in Oeynhausen bei der Firma Proste und Ottensmeier dauert nun bereits 13 Wochen. Die Firma bemüht sich, sorgfältig durch Ingerate in den Tagesblättern „tüchtige Möbelschler bei „hohem“ Lohn und hauernder Beschäftigung“ zu erhalten. Auch an die Herbergen in Heimat, christlichen Hospize, kath. Gesellen- und Vereinsküchen werden Zirkulare versandt, um Möbelschler zu bekommen. Für die vielen Unkosten, welche die Firma durch diese Ausgaben, sowie durch die teureren Herstellungs- und Transportkosten der bei den kleinen Meistern in der Um-gegend angefertigten notwendigsten Möbel, könnte sie längst die Wünsche ihrer alten eingearbeiteten Arbeiter erfüllt haben und die im vorigen Jahre gezahlten Löhne und Akkordsätze wieder einführen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Lohr a. Main. Da wir schon seit längerer Zeit am hiesigen Orte einige Mitglieder hatten, die bestrebt waren, unserem Ver-bande neue Mitglieder zuzuführen, fand am Sonntag, den 18. Juli eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Reuser-Groß-Steinheim referierte. In klarer und leicht faß-licher Weise legte er den Anwesenden den Wert und Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation auseinander und zeigte den Holz-arbeitern, wie auch diese in Lohr zu besseren Arbeitsbedingungen kommen könnten, wenn sie den guten Willen hierzu haben. Die Ausführungen des Redners machten einen erschließlichen guten Ein-druck auf die Anwesenden. Am tiefen zu verwischen und ein positives Resultat zu verzeichnen, machten die anwesenden „Genossen“ während der Zwischenpause und suchten die Versammlung dadurch zu vergrößern. Besonders war es ein gewisser „Genosse“ Werner, der seinen beherzten Zeug redete, daß die Versammlung schließlich unter der größten Anwesenheit auseinanderging. Um nun eine weitere sachliche Aussprache herbeizuführen, und die gegen die christlich organisierte Arbeiterschaft gerichteten Verleumdungen zurückzuweisen, fand am Sonntag, den 1. August wieder eine Versammlung statt, in der Kollege Erising-Frankfurt referierte. Eingangs seines Referates gab er ein kurzes Bild über die Ver-hältnisse, unter denen heute noch tausende von Holzarbeitern zu leben und zu leiden haben. Dann behandelte er die Aufgaben und die Tätigkeit unseres Verbandes und verwies besonders auf die Erfolge, die unser Holzarbeiterverband überall da aufzuweisen hat, wo sich die Holzarbeiter unter seiner Fahne versammelt haben. Nach dem Referenten erhielt nun der „Genosse“ Ber-nauer das Wort, der sich aber damit begnügte, ein paar höhnische Worte über Ultramontanismus und den „allwissenden Papst in Rom“ zum besten zu geben. Er sagte sich dann gleich wieder auf seinen Hosenboden, um dem „Genossen“ Faust aus Frank-furt Platz zu machen, der im Schimpfen und Verleumben seines gleichen sucht. Wir müssen gestehen, noch niemals haben wir einen Redner vom sozialdemokratischen Holzarbeiterverband gehört, der solche Plattheiten, gepaart mit Verleumdungen der allerniedrigsten Sorte in einer Versammlung verzapfte. „Die christlichen Gewerkschaften sind Zentrumsorganisatoren“, „sie haben im Dienste der Scharfmacher und haben die Arbeiterschaft noch überall verraten“, so und ähnlich redete der Genosse Faust. Das stärkste sollte aber noch kommen. „Noch überall, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen standen, sind ihnen die christlichen Gewerkschaften in den Rücken gefallen“. Eine solche ungeheuerliche Verleumdung unserer sämtlichen Verbandsmitglieder wagt der „Genosse“ Faust in öffentlicher Versammlung auszusprechen, in denselben Augenblicke, als unsere Kollegen in Ruhrrevier bei dem sel-ben beendeten Kampfe in glänzender Weise ihren Ramm stellten, als unsere Mitglieder in unserer Nachbarstadt Würzburg bis auf den letzten Mann im Kampfe um Arbeiterrechte ausgehalten haben, und als soeben in einer Reihe weiterer Städte unsere Verbandsmitglieder im Begriffe sind, gemeinsam mit den Mit-gliedern des deutschen Holzarbeiterverbandes bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Diese Beschimpfung unseres Ver-bandes werden die Verbandsmitglieder nicht ruhig hinnehmen und dem Genossen Faust werden wir gelegentlich ein „Nichtlein“ antworten, damit er steif, auf welcher Seite Arbeiterverrat betrieben wird. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an die Lohnbewegung vor zwei Jahren in Koblenz. Dort hat, wenn wir uns recht erinnern, gerade der „Genosse“ Faust (liegt nicht eine Ver-leumdung mit Pense vor? D. Red.) die Interessen der Holz-arbeiter dadurch auf das schwerste geschädigt, daß er die von unserm Verbands gestellte Lohnforderung in öffentlicher Versammlung bekämpfte und die meisten Unternehmer zum jedeswegs Zugeständnis ablehnten. Als unser Kollege Erising oben mitgeteilte Beschimpfung unserer Verbandsmitglieder auf die entscheidendste zurückwies und den „Genossen“ Faust an die Verleumdungen in Koblenz erinnerte, da rief er mit lauter Stimme in die Versammlung hinein: „Wenn die Holz-arbeiter in Koblenz auch nicht erreicht haben, die Lohnfrage ist, daß wir Mitglieder gewonnen haben“. Dieses seine Bekenntnis machte selbst die „Genossen“ stutzig. Genosse Faust sah auch wohl ein, daß er etwas gesagt hatte, das er besser in seinem Busen bewahrt hätte, und um aus der Patsche zu kommen, forderte er seine Getreuen, die nur aus einem Holz-arbeiter, dafür aber umso mehr aus Stasmachern und Maurern bestanden, auf das Lot zu verlassen. Was werden wohl die organisierten Arbeiter gedacht haben, die vielleicht zum ersten

Mal in einer Gewerkschaftsversammlung waren, und das geradezu widerliche Treiben des Genossen Faust mit ansehen mußten? Daß letzterer seiner Sache nichts genutzt hat, geht daraus hervor, daß ein frei-organisierter Arbeiter offen seinem Unmut über ein solch widerliches Gebaren Ausdruck gab und sagte: „So etwas habe ich noch nie erlebt.“ Unsere Kollegen in Lohr haben aus diesen Versammlungen neuen Mut geschöpft und mit der Losung „Jetzt erst recht!“ werden sie neue Mitglieder zu gewinnen suchen und dem „Genossen“ Faust, der auch noch jagt: „Niemand werden wir bulden, daß in Lohr christliche Gewerkschaften gegründet werden“, zeigen, daß in Bayern nicht schon die Sozial-demokratie regiert.

Frankenstein (Schlesien). Zu Anfang des 2. Quartals hatten wir gute Aussichten vorwärts zu kommen. Wir hatten Werkstatt-Versammlungen abgehalten und die Lage der Kollegen in den Betrieben eingehend beraten. Aber die Kollegen glaubten, wenn sie heute beitreten würden, müßte in einer Woche schon alles ge-bessert sein. So schnell geht's natürlich nicht. Kollegen! Wenn hier eine Besserung eintreten soll, dann müssen wir festhalten an der Organisation. Nur zähe Ausdauer und agitatorische Arbeit aller Kollegen kann zum Ziele führen. Zeigen wir uns darum solidarisch und opferwillig, so wird auch hier manches besser werden. — Am 11. Juli machten wir eine Hausagitation in Münsterberg und wurden in der nachfolgenden Versamm-lung 4 Kollegen aufgenommen. Auch hier müssen die Kollegen aufwachen und die allgugroße Furcht beiseite legen.

Stuttgart. Den vor kurzem gebrachten Artikel über das Stuttgarter Arbeitsamt, hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ damit ab-zuschwächen versucht, daß sie das Ergebnis der Untersuchungs-kommission veröffentlicht, das für uns „geradezu vernichtend“ sei. Aber die Holzarbeiter-Zeitung hat zu früh gejubelt, denn inzwischen hat der Stuttgarter Gemeinderat mit 15 gegen 8 sozialdemokratische Stimmen beschlossen, ab 1. Oktober die Ausbezahlung der Reise-unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt einzustellen. Damit ist, trotz der Hege von sozialdemokratischer Seite, unsern Ver-langen Rechnung getragen worden. Die sozialdem. „Tagwacht“ hatte in den vorhergehenden Tagen alle Mienen springen lassen, um diesen Beschluß zu vereiteln. Doch es war umsonst und nach ihrem Siegesrausch folgt jetzt nur noch ein Bedauern und Jammern. Doch wir wollen auch das Ergebnis der Unter-suchungskommission nicht unbefrohen lassen. Zunächst scheint uns letztere höchst einseitig zusammengesetzt gewesen zu sein, denn nach den Berichten der Tagespresse waren in derselben außer dem Gemeinderat Klein nur Sozialdemokraten vertreten. Da hätte doch zum mindesten auch ein Vertreter der Gegenpartei mit zu Rate gezogen werden müssen. Und erst die Beweisführung! Nach der „Holzarbeiter-Zeitung“ wußten sich die angegriffenen Beamten damit zu verteidigen, daß, wenn sie nach der Mitgliedschaft zum Verbands gefragt haben, das „auf Wunsch der Unter-nehmer“ geschähe sei. Von den Unternehmern werde bisweilen verlangt, daß ihnen entweder nur Organisierte oder Unorganisierte gefandt werden sollen.“ — Ei, ei! Seit wann sind denn die „Genossen“ den Unternehmern gegenüber so zuvorkommend, daß sie denselben ganz nach Wunsch sozial. Organisierte, christl. De-ganisierte oder unorganisierte Leute zuführen? So etwas kann man in einer Kleinalterschule erzählen, aber nicht Leuten, welche die Praktiken der „Genossen“ nur zu genau kennen. Auch sollen die Beamten nie parteiische Absichten gehabt haben, wenn sie nach der Verbandszugehörigkeit gefragt haben. Wer kann das kon-trollieren? Auch wurde erwiesen, daß noch zwei Be-amte den „freien“ Gewerkschaften angehören. Die andern sind jedenfalls inzwischen aus formellen Gründen aus-getreten. Wenn dann weiter die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt, wir hätten bei unsern Anschuldigungen nie Namen genannt, sondern hätten uns immer nur damit begnügt, zu sagen, der Metallarbeiter N. N. usw. so ist das, milde gesagt, unwahr, denn es wurden eine Anzahl Kollegen vorgeladen und gehört. Weitere Namen zu nennen hatten wir nicht notwendig, denn bei den vielen Terroristumsfällen, die in Stuttgart vorkommen, lag mit Recht die Vermutung nahe, daß die betreffenden Arbeiter näher brokos geworden wären. Wir haben zur Zeit wieder einen Fall dem Gericht übergeben, wo ein Mitglied unseres Verbandes in der schändlichsten Weise außer Arbeit gebracht wurde. Gemein-de-rat Klein brachte deshalb den Antrag auf Abschaffung der Aus-bezahlung der Reiseunterstützung ein, der jedoch von den „Ge-nossen“ heftig bekämpft wurde und nach dem Vorschlag der Letzteren der Arbeitsamtskommission übergeben wurde. Damit hat man nun den Bod zum Gärtner gemacht, d. h. man hat diejenige Kommission, aus der die Beamten hervorgehen, und die, wie wir das letztemal schon betont haben aus durchweg „freien“ Gewerkschaftlern zusammengesetzt ist, gefragt, ob man dem Antrag zu-stimmen soll oder nicht, und wenn dann nachher der Gemein-de-rat trotzdem zu obigem Beschluß gekommen ist, so muß es eben doch faul gewesen sein im Staate Dänemark. Wir können somit mit dem Ausgang der Sache vollauf zufrieden sein, wenn auch noch nicht alles beseitigt ist, was den Genossen Vorteile bringt. Es ist eben nicht jedermanns Sache von denselben in öffentlichen Volks-Versammlungen heruntergerissen zu werden und aus diesen Erwägungen heraus wird Gemeinderat Klein die Angelegenheit einstweilen zum Abschluß gebracht haben.

Einem Punkt möchten wir bei dieser Gelegenheit auch noch erwähnen: Wenn bisher ein Arbeiter durch den Alkohol sich und seine Familie in das Unglück stürzte und die bürgerliche Presse bei vorkommenden Gerichtsverhandlungen usw. hierzu abfällige Bemerkungen machte, da war die „Tagwacht“ die erste, die den-selben in Schutz nahm und ihn als „Opfer der christlich-kapita-listischen Gesellschaftsordnung“ bezeichnete. Als bei dieser Aktion jedoch arbeitslose Arbeiter aus den eigenen Reihen sich erlaubten, einmal ein freies Wort zu sprechen, womit sie sich bei ihren Führern mißlieblich machten, da waren es keine Opfer der „kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ mehr, sondern um mit der Tagwacht zu reden, „Leute die ehrlicher Arbeit in weiten Bogen aus dem Wege gehen, und die an chronischem Alkoholismus leiden“. Ja Bauer das ist eben wieder was anders! Wir können es der „Holzarbeiterzeitung“ nicht verdenken, wenn sie diese „Elemente“ unserer Bewegung anhängen wollte. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß, wie dieser Vorgang beweist, auch in soziald. Hochburgen dafür gesorgt werden kann, daß der „Genossen Ränne nicht in den Himmel wachsen.“ Stehen deshalb die Kollegen treu zum Verbands, so wird noch manches beseitigt werden können, was die „Küster-Genossen“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit ihrem „Unrat“ verteidigen.

Überfeld. Unsere Zahlstelle hielt am 27. Juli eine außer-ordentliche Mitgliederversammlung ab. Da diese Versammlung in anbetragt der Verhältnisse recht gut besetzt war, so wäre es recht schön gewesen, wenn der Referent auch erschienen wäre. Leider war das aber nicht der Fall. Die Kollegen hätten doch erwartet, daß der Referent, da er bestimmt zugesagt hatte, wenigstens doch Vertretung geschickt hätte. In der Versammlung war man der Ansicht, daß die hiesige Zahlstelle recht stiefmütterlich behandelt

würde in Punkte Referenten. Es wäre sehr am Plage, wenn der Zentral-Vorstand einmal die Überfelder Zahlstelle mit einem „vortragenden Ate“ beehren würde. (Ann. d. Red. Das ist recht so; nur fleißig sich im Organ beschäneren, derweilen es die Überfelder Zahlstelle bislang noch nicht für notwendig erachtet hat, mittelst einer Postkarte oder eines Briefes, einen Kollegen von der Geschäftsstelle des Verbandes um Ueberrahme eines Vortrages zu bitten.) — Kollege Dittensreuer gab einen aus-schließlichen Bericht über Zweck und Ziel der Krankengeldzuschuß-kasse unseres Verbandes. Eine Anzahl Kollegen erklärten ihren Beitritt. In der Diskussion wurde bedauert, daß es den älteren Kollegen, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, nicht gestattet sei der Kasse beizutreten. Diese empfinden es als eine Härte sondergleichen, da sie von Anfang der Gründung des Verbandes demselben angehören. (Bei Gründung der Krankengeldzuschuß-kasse ist auch den älteren Kollegen Gelegenheit geboten worden, der Kasse beizutreten. D. Red.) Die Kollegen erwarten vom Zentral-vorstand, (?) daß er in diesem Punkte Milderung eintreten läßt. Zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung hielt ein Kollege eine begeisterte Ansprache, in der Agitation nicht zu erlahmen. Der Kollegen Pflicht ist es, tatkräftig mitzuarbeiten, die Versammlungen zu besuchen, das Organ zu lesen usw. Manche Kollegen glauben mit dem Zahlen der Beiträge genug getan zu haben. Andere scheinen im Nichtbezahlen derselben ihr Heil suchen zu wollen. Kollegen wachet auf, auch hier im bergischen Lande! Zeigt euch als rechte Gewerkschaftler!

Soburg. Die Anwesenheit unseres Kollegen Erising hatte uns veranlaßt, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung zum „Alten Schießhause“ einzuberufen. Was vorauszusehen war, traf ein: Die Mitglieder des „freien“ Holzarbeiterverbandes mit ver-schiedenen Führern stellten sich äußerst zahlreich ein und bildeten die große Mehrheit der Versammlung. Der Verlauf derselben war insfolgedessen auch ein äußerst lebhafter, zum Teil stürmischer. Nach Eröffnung durch den hiesigen Vertrauensmann Kollegen Esser sprach Kollege Erising in klarer und objektiver Weise über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und die Mittel zur Hebung derselben. Redner nahm nach einleitenden Worten Bezug auf die große Zahl von unorganisierten Arbeitern, kam dann auf die gewerkschaftlichen Bestrebungen, die Berufsorganisation und die allgemeine Lage zu sprechen, schilderte die Entstehung des christlichen Holzarbeiterverbandes und dessen Tätigkeit und Erfolge bis zur Gegenwart. Weiter gab er Aufklärung über die Spaltung im Gewerkschaftsleben, hob die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften hervor und geißelte besonders das Verhalten des sozialdem. Holzarbeiterverbandes. Diefem stellte er die Vorteile des christlichen Holzarbeiterverbandes gegenüber, gleichzeitig auf-fordernd, sich dieser letzten Gewerkschaft anzuschließen. Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil, aber — nicht von den „Freien“. In der sich anschließenden Aussprache wurden dem Vorsitzenden des sozialdem. Verbandes 3/4 Stunden Redezeit gewährt. Herr Gesse — so heißt der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des „freien“ Holzarbeiterverbandes — gab zunächst zu, daß er mit dem ersten Teile des Referates einverstanden sei, während der zweite Teil sehr der Berichtigung bedürfe. Er behauptete, daß die christlichen Gewerkschaften durch die katholische Geistlichkeit ge-gründet worden seien, um eine Strömung gegen die „freien“ Ge-werkschaften zu schaffen. Im Weiteren hob er die Macht und Stärke seines Verbandes hervor und ritt besonders auf dem Streit in Göln herum. Ferner stellte er noch verschiedene Fragen an „Herrn“ Erising. Natürlich wurden die Ausführungen des Herrn Gesse von seinen Kollegen mit Zwischenrufen, Bravos und großem Jubel und Gejohle begleitet. Kollege Erising nahm Punkt für Punkt des von Herrn Gesse Gewandten durch und gab in durchschlagender Weise Rede und Antwort, wenn es ihm auch angefiel der großen Anwesenheit von Seiten der „Freien“ nicht so leicht gemacht wurde. Nur mit Mühe konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Als die „Freien“ sahen, daß sie nicht so zum Ziele kamen, reichten sie eine Reso-lution ein, die zum Ausdruck bringen sollte, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden sei. Das wir uns nicht an diesen „frommen Wunsch“ der „Genossen“ stören, setzte sie derart in Mut, daß sie auf das Kommando ihres Führers hin sich erhoben und sofort den Saal verließen. — Mit Dantes-worten an den Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Unsere Soburger Kollegen haben viel aus dieser Versammlung gelernt und werden alle Kraft einsetzen, unermüdet für unsere guten Sache zu agitieren, zu kämpfen — denn ohne Kampf kein Sieg!

Krankengeldzuschußkasse.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Kranken-geldzuschußkasse findet am Sonntag, den 19. September 1909 nachmittags 2 1/2 Uhr zu Cöln, Palmstraße 14 statt.

Tagesordnung.

1. Geschäft und Kassenbericht.
2. Aenderung der Statuten und Beratung der Anträge.
3. Ergebung eines Kassenrevisors.
4. Verschiedenes.

Die Ergebnisse der Delegiertenwahlen müssen bis zum 1. September 1909 dem Zentralvorstand mitgeteilt werden. Etwaige Anträge sind zum gleichen Termin einzusenden. Nähere Anweisungen gehen den Verwaltungsstellen per Rundschreiben zu.

Die Adresse des Kassierers der Verwaltungsstelle München ist nunmehr: Martin Seibold, Türkenstraße 32 Hgbb III.

Gewerkschaftliches.

Aufruf!

Die Tabakindustrie hat demnach infolge der Erhöhung der Tabaksteuern eine Umwälzung durchzumachen. — Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands hat einen Arbeitsplan aufgestellt, um die Folgen dieser Umwälzung insbesondere für seine Mitglieder abzumildern und erträglicher zu gestalten. Der Verband will vor allem seinen Mitgliedern im Falle einer Arbeitslosigkeit oder sonstiger Schädigungen zu dem gesetzlichen Rechte der vom Reichstag für die Übergangsperiode festgesetzten Unterstützungen verhelfen, sowie etwaige Ungerechtigkeiten, Mißstände usw. in der Auszahlung der staatlichen Unterstützung zur Kenntnis der Öffentlichkeit und des Reichstages bringen. Ferner soll auf Grund der in Vorschlag der vorstehenden Aufgabe gesammelten Materialien rechtzeitig auf die

Regierung und das Parlament eingewickelt werden, damit evtl. weitere Mittel für die Arbeitslosen bereitgestellt werden.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, daß Forderungen an die zuständigen Stellen planmäßig erhoben werden, um einen Teil der arbeitslos werdenden Mitglieder in staatliche oder städtische Stellungen unterzubringen.

In zweiter Linie gedenkt der Verband den Wirkungen der beschlossenen Tabaksteuer dadurch zu begegnen, daß er im Interesse seiner Mitglieder den Konsum beeinträchtigt. Das soll dadurch geschehen, daß die christlich organisierten Arbeiter ihren Bedarf an Tabakwaren nur bei solchen Firmen decken, die sich aller die Arbeiter bedrückenden Maßregeln enthalten.

Es ist klar, daß der Wert des hier beschriebenen Weges ein bleibender ist. Denn die auf diese Weise den Arbeitern, den sozial Interessierten und den sich immer mehr ausbreitenden Konsumvereinen bekannt gewordenen Unternehmer, die in Arbeiterfragen fortgeschritten handeln, werden dauernd den bezeichneten Kreisen empfohlen bleiben.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes ist daher zu dem Beschlusse gekommen, die gesamte christliche Arbeiterschaft nachdrücklich aufzufordern, dem Verbande christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter in der Ausführung der ihm gestellten Aufgaben mit allen Kräften beizustehen zu sein. Diese Mitwirkung soll sich ferner auch auf die energische Förderung des genannten Verbandes in der Agitation erstrecken.

Wir erinnern von der so oft bewährten Solidarität der christlichen Arbeiterschaft, daß sie unserem Verband in der bezeichneten Weise die hässliche Hand bietet.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Neuere Notizen aus Bayern. Eine Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen liegt heute in Bayern hinter uns; nur wenige stehen noch vor. Ein großer Teil der Bewegungen wurde gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verband durchgeführt und soweit sich das Kampfgebiet übersehen läßt, wurde die Massenbewegung durch keinerlei Zwischenfälle getrübt.

Schlossenheit Erfolge zu sichern vermag, wurde hier eingehalten. Umso mehr muß es verwundern, daß nun, nachdem diese gemeinsamen Aktionen durchgeführt wurden, der sozialdemokratische Verband es nicht unterlassen kann, uns allerlei Sünden nachzusagen und sich selbst als „das unschuldige Kind“ hinzustellen.

Die Nummer 29 der sozialdemokratischen Holzarbeiter-Zeitung bringt einen Bericht über eine öffentliche Holzarbeiterversammlung in Mindelheim, in der Kollege Schwarzler über die Lohnbewegungen im Schwäbischen Gebiet sprach und dabei das wortbrüchige Verhalten der Firma Schwarzbauer (Orgelbauer) scharf brandmarkte.

Während die „Holzgenossen“ in Mindelheim uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir für organisationsfeindliche Elemente nicht die Kasernen aus dem Feuer holen, glauben die Vertreter des gleichen Verbandes darüber spötteln zu müssen, wenn unser Verband in Folge des Anwachsens der Mitgliederzahl in Landsherg a. L. mit der Innung einen gleichen Vertrag wie der sozialdemokratische Verband abschließt.

die Woche. Der Mindestlohn 38 Pfennig die Stunde für selbständige (!), 32 für jugendliche (!) Gehilfen. Wenn auch beim erstmaligen Abschluß es nicht gelang, derart weitläufige Begriffe, die die Entlohnung zum ständigen Streitpunkt machen, zu beseitigen, so hat der Versuch jetzt bei der Erneuerung gemacht werden müssen.

Bezüglich der Tarifbewegung 1906 in München stellen wir nach wie vor fest, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband den ihm vom Gewerbegericht erteilten Gehändnis, unsererseits aufgestellten Tarifvertrag als Grundlage zu dem später eingereichten Tarif seinerseits benutzte.

In Gunglburg a. D. standen die Kollegen der Firma Jable 6 Wochen im Streik. Schon nach dreiwöchentlicher Dauer des Kampfes machte ein bereits 12 Jahre sozialdem. organisierter Kollege den Arbeitswilligen seit dieser Zeit wurden die übrigen mankeltüchtig und nach sechswöchentlicher Streikdauer folgten die noch vorhandenen Kollegen dem Beispiel des Abgefallenen.

Der Gründer des „gelben“ Holzarbeiter, bzw. des Handwerker-Schutzverbandes, Hermann Meinte, ist gestorben. Wie die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber mitteilt war der Verstorbene ihr Expedient.

Ein gewerkschaftliches Tageblatt in England. Schon seit langen Jahren werden in England Versuche zur Gründung eines täglich erscheinenden Blattes gemacht, in dem speziell die Interessen der Gewerkschaften wahrgenommen werden sollen.

Aus dem gewerblichen Leben

Industrie für Holzverwertung, A. G. in Dortmund (Fabriken in Altenessen, Soln-Chrenfeld und Düsseldorf) Die am 16. Juni d. J. stattgefundene Hauptversammlung dieser Gesellschaft erteilte dem Aufsichtsrat und dem Vorstand Entlastung und beschloß, aus dem, nach 23 844 Mk. Abschreibungen (gegen 21 894 Mk. im Vorjahr), verbleibenden Reingewinn von 22 996 Mk. (23 412 Mk.) und nach Ausstattung der gesetzlichen Rücklage, eine Dividende von 4% gleich 20 000 Mk. (wie im Vorjahr) zur Verteilung zu bringen.

Knollenkartoffel-Fabrik. Romburg (Hess.). Billigste und vorzüglichste Dampfsackel für alle Sorten Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe.

H. Kollcher's. Fachschule für Tischler u. l. gewerbliche Zeichen zu Detmold, Egerstraße, Ecke Grabenstraße. Drei- und sechsmonatlicher Kursus mit Tages- und Abend-Unterricht.

Fachliteratur. empfiehlt die Buchhandlung des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmstraße 14. Bücher: Der praktische Möbelschreiner geb. 4.50

Grösste deutsche Tischler-Fachschule Detmold. Bewährte Ausbildung als Meister - Werkmeister Techniker - Zeichner gesetzl. Meisterprüfung Auskunfts-Programm frei durch Direktor Brecht.